

**Protokoll  
zur 47. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 3. März 2014**

öffentlich

Anzahl der Stimmberechtigten:	19
davon anwesend:	17
entschuldigt:	Herr Funke (privat) Herr Neumann (privat)
Anzahl der Gäste:	17
Tagesordnung:	siehe Einladung
Tagungsleitung:	Herr Rückert, Oberbürgermeister
Tagungsort:	Jahnhalle Niesky
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:35 Uhr

Gefasste Beschlüsse:

Beschluss Nr. 05/2014  
Vergabe von Bauleistungen nach VOB Bauvorhaben:  
Erweiterung Oberschule Niesky, Pestalozzistraße 24  
Abstimmung: 16/0/0

Beschluss Nr. 06/2014  
Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky über den Erwerb eines  
Grundstückes an der August-Bebel-Straße in Niesky  
Abstimmung: 17/0/0

**TOP 1  
Eröffnung, Tagesordnung, Protokoll**

Herr Rückert begrüßt Stadträte und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungen. Zum Protokoll der letzten Tagung erinnert Stadtrat Simmank an seine Anregung, die Straßensondernutzungsregelung im Sinne der Belebung der Innenstadt nochmals zu beraten. Herr Rückert weist darauf hin,

dass diese Diskussion im Zusammenhang mit der Auswertung des Einzelhandelsgutachtens nochmals aufgenommen wird. Das Protokoll wird ohne weitere Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

## **TOP 2 Bürgerfragestunde**

Herr Hubatsch, Bürgerinitiative Pro Niesky, möchte die Fragestunde nutzen, um an die Stadtverwaltung und die einzelnen Fraktionen Fragen bezüglich Bahnausbau zu stellen. Er erinnert an die übergebenen Schwerpunkte vom September 2013, nämlich das Problem der Bauphase und das Problem der Dauerbetriebsphase. Er sagt, dass die Bürgerinitiative im Sinne der Bürger handelt und an einer einheitlichen Auffassung interessiert ist. Konkret sind es die Fragen zur Schotteraufbereitungsanlage, zur Verkehrsführung während des Brückenabrisses an der B 115 und zur Gestaltung des Lärmschutzes in der Dauerbetriebsphase.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt. Mit der öffentlichen Anhörung hat sich die Stadt im Planfeststellungsverfahren deutlich zur Erweiterung der Lärmschutzmaßnahmen, zur Schotteraufbereitungsanlage und zur Problematik der Umleitung B 115 geäußert. Zum Umleitungsverkehr gab es zwischenzeitlich eine Gesprächsrunde mit Vertretern des Straßenbauamtes mit der deutlichen Aussage, dass aufgrund der Verkehrsprognose und des Straßenausbauzustandes über keine Umleitungsalternative nachgedacht wird. Nun wird auf den Planfeststellungsbeschluss gewartet, um darauf entsprechend und angemessen reagieren zu können.

Stadträtin Beinlich verweist auf den Beschluss 04/2014, in dem der Stadtrat nur einem Teil der Flächennutzung für Erweiterung im Bereich der Bahnübergänge, Pflanzstreifen u. ä. zugestimmt hat. Die Inanspruchnahme der Flächen in Niesky-Nord für die Schotteraufbereitungsanlage wurde abgelehnt.

Frau Clauss sagt, dass es Gerüchte kursieren von Gesprächen zwischen Bahn und Planungsbehörden und fragt nach, welche Erkenntnisse es dazu gibt. Herr Rückert sagt, dass es nach wie vor Gespräche über Alternativen für die Fläche der Schotteraufbereitungsanlage und zum Bahnübergang Mittelstraße See gibt. Sie möchte wissen, welche Bestrebungen noch zur Verbesserung des Lärmschutzes unternommen wurden. Mittlerweile gibt es auch weitere Bürgerinitiativen bezüglich des Lärms. Beispielsweise ist die Gemeinde Rathen vollständig einer Bürgerinitiative beigetreten. Wird die Stadt Niesky beim Eisenbahn-bundesamt auf schriftlichem Wege eine Verbesserung des Lärmschutzes fordern? Welche Aktivitäten gab es von den Fraktionen und was ist noch geplant?

Die Fraktion Die Linke ist beim Bundesrat und beim Eisenbahnbundesamt aktiv geworden und hat dort auf die Problematik hingewiesen.

Herr Rückert weist wiederholt darauf hin, dass man sich noch im Planfeststellungsverfahren befindet und somit der städtische Spielraum gering ist. Was Bürger und politische Parteien machen, ist eine andere Angelegenheit. Das Thema Schienebonus ist in der Diskussion. Der Blick auf den Zeitablauf lässt vermuten, dass

für Entscheidungen der Behörden noch einige Überlegungen angestellt werden müssen.

Herr Clauss möchte den Beschluss nicht abwarten, sondern noch im Vorfeld Forderungen anbringen. Er weist auf lückenhafte Planungsunterlagen, die auf Grundlage von alten Karten erstellt wurden, hin. Im Zuge der vorgesehenen Gesetzesänderung zum Wohle der Anwohner wäre die Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses vorteilhaft. Wird die Stadt gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen?

Stadtrat Müller erklärt, dass zum Bahnübergang in See auch erst nach Vorliegen des Beschlusses die weiteren Forderungen zum Schallschutz gestellt wurden.

Stadtrat Mrusek bekräftigt diese Vorgehensweise.

Herr Hubatsch fragt, warum Vorschläge für die Schotteranlage bei der ehemaligen Power-GmbH und im ehemaligen Sero-Gelände, nicht aufgenommen werden. Die Nähe zum Bahnkörper ist nicht abzusprechen. Er möchte wissen, ob jemand von den Stadträten beim Stahlbau Niesky nach einer Behelfsbrücke oder beim Bund nach einer Pontonbrücke gefragt hat.

Für den Ortschaftsratsvorsitzenden, Herrn Schuster, wäre die Schotteranlage am Naherholungsgebiet sehr bedenklich. Frau Clauss meint, dass die Erholungssuchenden ja nur am Wochenende dort schlafen müssten. Sie wirft den Stadträten Untätigkeit in dieser Angelegenheit vor. Stadträtin Beinlich soll ihre Meinung als betroffene Bürgerin in Neuhof äußern.

Frau Beinlich gibt zu Bedenken, dass sie sich sehr wohl Gedanken macht. Aber für sie stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Kosten beispielsweise für den Aufwand einer Behelfsbrücke für die Zeit der Baumaßnahme.

In Bezug auf die Positionierung zu einer Klage gegen den Feststellungsbeschluss erwidert Herr Rückert abermals, dass der Oberbürgermeister nicht allein entscheiden kann und dass er an die Entscheidung des Stadtrates gebunden ist. Im Beschluss zur Stellungnahme ist festgehalten, dass der Stadtrat im Ergebnis Planfeststellung entscheidet, ob wegen dem Standort der Schotteraufbereitungsanlage geklagt wird. Auch die Entscheidung zum Lärmschutz hinsichtlich der Erfüllung der eigenen Forderungen wird vom Stadtrat geprüft. Letztendlich muss man Aufwand und Nutzen einer Klage mit angemessenen Ergebnissen abwägen.

Herr Clauss erinnert an die Worte von Herrn Mölke, Planer der Bahn, dass der rechtliche Rahmen nur auf politischem Wege geklärt werden kann. Darauf sollten die politischen Gremien Einfluss nehmen. Er verweist auf die anstehenden Wahlen.

Der Oberbürgermeister entzieht Herrn Clauss das Wort für weitere wahlkampf-taktische Ausführungen.

Herr Hubatsch fragt die Fraktionen, wer von Ihnen mit dem Stahlbau Niesky wegen einer Behelfsbrücke gesprochen hat.

Mit den Vertretern des Straßenbauamtes ist über Alternativen der Umleitung diskutiert worden. Die Vorschläge sind eindeutig abgelehnt worden.

Stadträtin Lorenz erklärt, dass die einzelnen Stadträte doch nicht einfach beim Stahlbau Niesky eine Behelfsbrücke in Auftrag geben können. Nach wie vor gilt, der Auftraggeber zahlt die Rechnung.

Auch der Einsatz einer Pontonbrücke wäre letztendlich ein finanzielles und kein technisches Problem. Im Hinblick auf die Kosten, die für die Sanierung der Straßen nach der Baumaßnahme entstehen, wurde vom Straßenbauamt die eigene Zuständigkeit bestätigt.

Frau Clauss erklärt, wenn der Schienenbonus fallen würde, hätten alle Anwohner der Raschkestraße Anspruch auf eine Lärmschutzwand. Im Anhörungsverfahren wurde den Anwohnern der Raschkestraße gesagt, dass sie momentan keinen Anspruch auf einen Lärmschutz hätten, da der Abstand zu den Schienen zu weit ist.

Stadtrat Simmank findet die Initiative der Bürgerbewegung gut und erkennt den Aufwand dafür an. Er begrüßt das Interesse jeden Bürgers, an öffentlichen Sitzungen teilzunehmen, um eigene Anliegen darzulegen und auch zu erfahren, über welche Angelegenheiten der Stadtrat regelmäßig zu beraten hat.

Er denkt, auch für die anderen Stadträte zu sprechen und weist den Vorwurf der Untätigkeit zurück. Es wurde schon in vielen Sitzungen im Ausschuss und auch im Stadtrat das Thema des Bahnausbaus beraten und immer wieder zum Stand nachgefragt. Durch die Zeitverzögerung geht er davon aus, dass die Bahn noch an Änderungen arbeitet und diese abgewartet werden sollten. Er bittet zu bedenken, dass die Verwaltung und der Stadtrat neben der angesprochenen Problematik auch viele andere Verwaltungsaufgaben zu entscheiden haben.

Bezüglich der Belästigung durch die Schotteraufbereitungsanlage würde er eine Besichtigung einer solchen Anlage gemeinsam mit der Bürgerinitiative vorschlagen. Auch er ist nicht über den Umleitungsverkehr durch die Stadt erfreut, aber es ist unstrittig, dass die Straßen den vorhergesagten Verkehr zulassen. Auch er denkt, dass der Stadtrat einen erhöhten Aufwand für eine Behelfsbrücke neben der zulässigen Straße nicht verantworten kann.

Frau Clauss fordert nochmals, durch Nachfrage und Druck um Anwendung des Schienenbonus für die laufende Planung zu bitten.

Stadtrat Kagelmann meint, dass sich seine Fraktion nochmals mit diesem Thema beschäftigen wird. Vermutlich wird es zu einem entsprechenden Antrag kommen.

Stadträtin Lorenz befürwortet den Vorschlag von Herrn Kagelmann. Sie möchte erwähnen, dass die SPD im Stadtrat keine Fraktion hat sondern nur durch eine Person vertreten ist. Damit ist die politische Macht doch sehr begrenzt, was aber nicht bedeutet, dass sie sich der Verantwortung entzieht. Durch die derzeitige Umbruchphase auf politischer Ebene ist der Einfluss begrenzt.

Herr Hubatsch unterstreicht, dass z. B. die Bürgerinitiative Elbtal erreicht hat, dass für den geforderten Bereich gedämpfte Schwellen eingesetzt wurden. Er verweist auf das gemeinsame Anliegen.

Stadtrat Polossek hat manchmal den Eindruck, gegeneinander zu arbeiten obwohl das gleiche gewollt ist. Er wohnt selbst an der Görlitzer Straße und kennt den Straßenlärm genau. Aber bei der gespannten Haushaltslage macht er sich keine Illusionen für zusätzliche Ausgaben. Eine Schotteraufbereitungsanlage will niemand in der Stadt.

Herr Rückert schließt damit die Diskussion ab und bedankt sich bei den Vertretern der Bürgerinitiative und bietet an, auch bei den folgenden Tagesordnungspunkten der öffentlichen Tagung anwesend zu bleiben.

Stadtrat Mrusek bedauert, dass zum nächsten Tagesordnungspunkt, in welchem die Haushaltssituation der Stadt Niesky besprochen wird, kein Vertreter der Bürgerinitiative mehr teilnimmt.

### **TOP 3**

#### **Berichterstattung IV. Quartal 2013**

##### **3.2. Beteiligungsbericht kommunale Unternehmen**

Den Stadträten liegt die Abrechnung des IV. Quartals 2013 der kommunalen Unternehmen vor. Die Kämmerin, Frau Hoffmann, betont, dass es sich um vorläufige Zahlen handelt, da die Wirtschaftsprüfer diese noch in den Unternehmen prüfen müssen. Es sind auch noch nicht alle Buchungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss vollzogen worden. Entsprechende Wortäußerungen von den Geschäftsführern liegen vor. Herr Fischer und Frau Wiedemann von der Wohnungsbaugesellschaft sowie Frau Püpke als Vertreterin der Stadtwerke sind anwesend und stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Bei der Wohnungsbaugesellschaft haben sich die Erlöse etwas erhöht. Der Aufwand für Material und Instandhaltung hat sich ebenfalls erhöht. Insgesamt ist aber die Erfüllung des Wirtschaftsplans gegeben. Die Liquidität zum 31.12.2013 ist gesichert. Über die Investitionen im Jahr 2013 wurden in den vergangenen Abrechnungen berichtet. Hervorheben möchte Frau Hoffmann den senioren- und behindertengerechten Ausbau der Wohnungen an der Bautzener Straße.

Auch bei den Stadtwerken ist die Kämmerin mit der Abrechnung der Erlöse sehr zufrieden. Diese liegen etwas höher als im Wirtschaftsplan vorgesehen. Es sind aber auch hier noch nicht alle Betriebskostenabrechnungen abgeschlossen. Es wird noch eine Verschiebung auf der Aufwandsseite geben. Es wird keine Überraschungen beim Jahresabschluss geben. Die Liquidität zum 31.12.2013 ist gesichert.

Für die Bürgerhaus Niesky GmbH kann Frau Hoffmann eine erfreuliche Entwicklung bekanntgeben. Die Erlöse im letzten Quartal sind wider Erwarten gestiegen. Veranstaltungen sind sehr gut angenommen worden und die Auslastung von Restaurant und Hotel waren gut. Sie betont, dass diese Ergebnisse bei nicht ansteigendem Personal- und Materialaufwand erzielt wurden. Somit hat sich die Liquiditätshilfe der Muttergesellschaft nur um etwa 10 T€ erhöht. Frau Hoffmann spricht dem Bürgerhaus ein großes Lob aus.

Da die Sport und Freizeit GmbH erst im laufenden Jahr gegründet wurde, wird die erste Abrechnung dieser Gesellschaft ab dem 1. Quartal 2014 erfolgen.

### **3.1. Bericht zur Haushaltsdurchführung**

Anhand der vorliegenden Unterlagen erläutert Frau Hoffmann die Zahlen. Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist nicht zufriedenstellend und dieser Trend wird sich 2014 leider fortsetzen. Erfreulich ist die Entwicklung der Einkommenssteuer mit einem leichten Plus. Die Entwicklung der Umsatzsteuer ist leicht gefallen. Die sonstigen Steuern spielen keine große Rolle für den Haushalt der Stadt Niesky. Insgesamt stellt Frau Hoffmann fest, dass die prognostizierten Mindereinnahmen bei Steuern auch eingetreten sind. Mit dem Beschluss der Gewinnausschüttung durch die Stadtwerke wurde der Haushalt der Stadt Niesky ausgeglichen.

Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2013 wird noch durch fehlende Abrechnungen beeinflusst. Beispielweise fehlen noch Abrechnungen der Betriebskosten der freien Träger, der Konzessionsabgaben und aus dem Betreibervertrag Schmutzwasser. Weiterhin sind noch Rechnungen für Leistungen aus dem Jahr 2013 offen.

Größere Mehraufwendungen sind bei der Kreisumlage, bei der Zuweisung für die freien Träger und bei Personalaufwendungen aufgetreten.

Die Entwicklung der Liquidität bereitet der Kämmerin Sorgen. 2013 gab es nur ein Plus von 356 T€. Die Reserven aus den vorangegangenen guten Jahren mussten leider schon angetastet werden. Das heißt, die Liquidität geht zur Neige. Im Verwaltungsausschuss wurden die Probleme ausführlich benannt. Frau Hoffmann stellt klar, dass unpopuläre Maßnahmen ergriffen werden müssen und auf keinen Fall Wünsche in den Haushaltsplan aufgenommen werden, die in der Priorität nicht an oberster Stelle stehen.

Es sind auch in den folgenden Jahren keine Kreditaufnahmen vorgesehen. Umschuldungen werden erst 2015 oder 2016 geplant.

Die Budgetauswertung zeigt, dass diese innerhalb der Fachbereiche unproblematisch ist. Das ist ein Vorteil der Flexibilität der Doppik. Die größten Sorgen bereiten der Bereich der Steuern und der Kreisumlage, welche von uns auch nicht beeinflusst werden können.

Stadtrat Müller hinterfragt den Rückgang bei den Grundsteuern. Frau Hoffmann erklärt, dass es 2013 mehrere Anträge auf Erlass von Grundsteuern gab. Dies ist legitim wenn beispielsweise bestimmte Gebäude nicht mehr vermietbar sind. Wesentlicher Grund sind Industriegebäude, die nicht mehr der ursprünglichen Nutzung zugeführt werden.

Bezüglich der Leiharbeitskräfte erläutert Frau Hoffmann, dass für eine befristete Zeit z. B. im Bauhof Arbeitskräfte beschäftigt werden mussten. Dies war u. a. mit dem Wegfall von Maßnahmen durch das Arbeitsamt begründet.

Der Stadtrat hat die Ausführungen von Frau Hoffmann ohne weitere Fragen zur Kenntnis genommen.







Herr Rückert gibt den Stadträten noch einmal die Möglichkeit für Anträge und Nachfragen.

Stadtrat Giese fragt nach der Pflege des VVN-Denkmales. Herr Rückert sagt, dass dies voriges Jahr bei einer Begehung eingeschlossen war. Er geht davon aus, dass im Frühjahr die Pflege vorgesehen ist.

Um nochmals den Vorwurf der Untätigkeit zu entkräften, hebt Stadtrat Mrusek im Zusammenhang mit den schwierigen Grundstücksangelegenheiten für den Radweg das Engagement der Beteiligten hervor.

Stadtrat Simmank möchte wissen, ob das günstige Winterwetter uns einen Vorsprung beim BV Oberschule verschafft hat und ob sich in Bezug auf den REWE-Umbau noch Neuigkeiten ergeben haben.

Frau Giesel sagt, dass die Parksituation insbesondere vor ROSSMANN angesprochen wurde. Die Stadt hat keine Möglichkeit, Regelungen für das Privatgrundstück zu treffen. Der Betreiber ist aber an einer Lösung interessiert. Zur Fassade selbst ist angestrebt, die Farbgestaltung an das vorhandene Gebäude anzupassen. Wobei aber vom corporate design von REWE XL nicht abgewichen wird.

Stadtrat Kagelmann fragt im Zusammenhang mit der Haushaltslage, ob die Finanzierung des Eisstadions überhaupt möglich ist und wie lange die Fördermittelzusage bindend ist.

Herr Rückert sagt, dass das Lärmschutzgutachten noch im März vorliegen soll. Danach erfolgt die öffentliche Ausschreibung der Planungsleistungen. Danach müssen sich Freistaat und SAB zur Finanzierung positionieren. Die Fördermittelzusage gilt bis 2020. Herr Rückert weist darauf hin, dass die Stadt Niesky nicht der Investor ist.

Herr Rückert bittet die Stadträte, in den letzten Sitzungen der Wahlperiode keinen Wahlkampf zu betreiben. Er beendet um 19:35 Uhr die Tagung und verabschiedet die Anwesenden.

Rückert  
Oberbürgermeister

Hentschel  
Stadtrat

Neudeck  
Stadtrat

Kopke  
Protokollantin